

LINKSDRUCK AKTUELL

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

8. bis 10. Juli 2015

Für eine diskriminierungsfreie, offene Gesellschaft



Mit einer Resolution hat sich der Bundesrat auf Initiative Brandenburgs und acht weiterer Bundesländer für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe eingesetzt. Das war ein wichtiges Signal.

Auf Antrag der Linksfraktion hat der Landtag das Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde debattiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen:

in einer offenen, toleranten Gesellschaft, die unterschiedliche Lebensentwürfe nicht nur duldet, sondern wirklich respektiert und als potentielle Bereicherung betrachtet oder in einer Gesellschaft, die exklusiv ist, sich gegen andere Lebensentwürfe abschottet und Menschen unterschiedliche Wertigkeit und Rechte zubilligt. Unsere Position ist klar: Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung - egal ob aus rassistischen

Gründen, wegen ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Alter oder sexueller Identität.

Fast zwei Drittel der Deutschen befürwortet mittlerweile die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Das ist geradezu revolutionär, bedenkt man, dass erst 1994 der im Kaiserreich erlassene berüchtigte § 175 abgeschafft wurde, der sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe stellte. Eine Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer von Strafverfolgung wegen homosexueller Handlungen ist längst überfällig. Seit 2001 gibt es in Deutschland eingetragene Lebenspartnerschaften. Damals waren wir Vorreiter, viele andere europäische Länder haben uns indessen überholt. Das liegt vor allem an der ablehnenden Haltung von Teilen der CDU/CSU. Es bedurfte erst der Entscheidungen in den

USA und Irland, damit die Debatte für eine „Ehe für alle“ erneut Fahrt aufnimmt. Interessant ist die Urteilsbegründung des obersten Gerichtshofes der USA. Dort heißt es u.a.: „Diese Männer und Frauen werden missverstanden wenn man behauptet, sie würden die Idee der Ehe nicht respektieren. Das Gegenteil ist der Fall. Sie respektieren sie. Sie respektieren sie so sehr, dass sie sich danach sehnen, diese ebenfalls erleben zu dürfen. Sie hoffen darauf, dass sie nicht dazu verdammt sein werden, als einzige, ausgeschlossen zu sein, von einer der ältesten Institutionen der Zivilisation.“ Die derzeitige gesellschaftliche Diskussion ist ermutigend, zeigt aber gleichzeitig wie hartleibig tief verwurzelte Vorurteile wirken. Es ist höchste Zeit für die Gleichstellung von Ehe und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Letztendlich geht es um Menschenrechte, nicht mehr, nicht weniger. Und Menschenrechte gelten immer und universal.

Diana Bader

Sprecherin für Frauen-, Familien-, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik



René Wilke

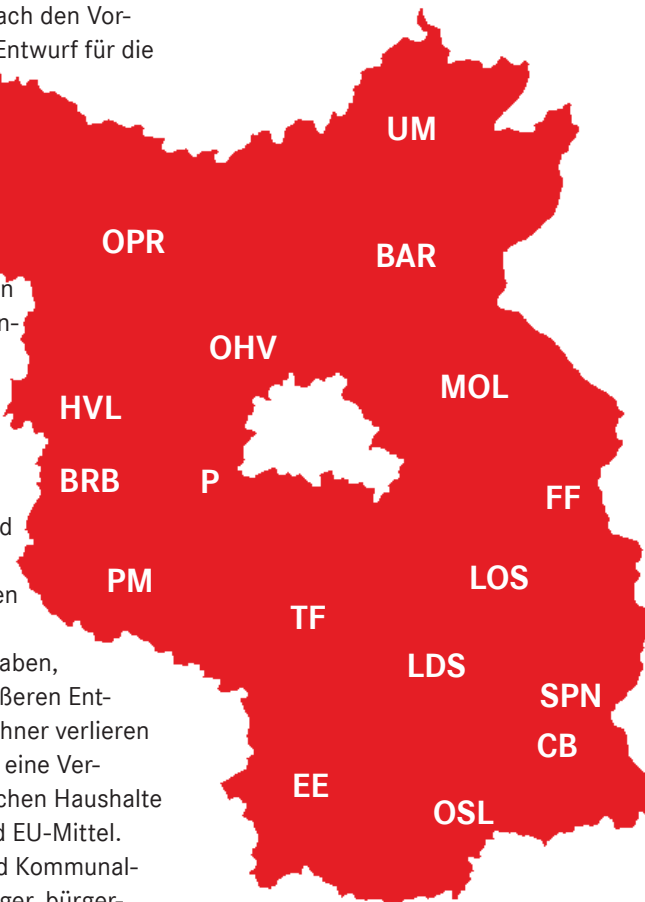
Sprecher für Sozial-, Gesundheits-, Pflege- und Seniorenpolitik



Öffentlicher Dialog beginnt

Die Landesregierung hat nach den Vorgaben des Landtages den Entwurf für die Verwaltungsstrukturreform 2019 vorgelegt.

Um auch in Zukunft gleichwertige Lebensbedingungen sichern zu können will sich Brandenburg damit langfristig auf verschiedene Aufgaben und Herausforderungen einstellen. Dabei wirkt der demografische Effekt, wir werden alle immer älter und wir werden weniger. Die Kommunen im so genannten Speckgürtel werden 2030 deutlich mehr Einwohner haben, während Gemeinden im äußeren Entwicklungsraum viele Einwohner verlieren werden. Absehbar ist auch eine Verschlechterung der öffentlichen Haushalte durch weniger Bundes- und EU-Mittel. Deshalb sollen Landes- und Kommunalverwaltungen leistungsfähiger, bürger-näher, und zukunftsfest gemacht werden, u.a. durch eine Kreisgebietsreform, durch die mögliche Einkreisung von kreisfreien Städten und durch die Einführung des Amtsgemeindemodells. Eine wesentliche Grundlage für eine solche Reform ist eine Funktionalreform, das heißt, dass Aufga-



ben vom Land an die Kommunen abgegeben werden. In dem Entwurf werden nun 22 Landesaufgaben vorgeschlagen, die auf die Kommunen übertragen werden sollen. In bundesweit bisher einmaliger Weise wird dieser Leitbild - Entwurf in

einem breiten öffentlichen Dialog zur Diskussion gestellt. Bevor der Landtag das Leitbild beschließt, sollen die Ergebnisse der öffentlichen Diskussion in eine Überarbeitung einfließen. Wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion, die zu einer möglichst hohen Akzeptanz der bevorstehenden Reformen führen soll. Das ist ein mutiges Vorgehen, das sich vom Ansatz einer gemeinsamen Verantwortung des Landes und der Kommunen leiten lässt. Dazu wird es viele öffentliche Veranstaltungen geben. Wir verbinden die Reform mit dem Anspruch, Bürgerbeteiligung zu stärken. Darum ermutigen wir Sie, gehen Sie zu den Leitbildkonferenzen und beteiligen Sie sich an der Debatte!

Ralf Christoffers
Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Infrastruktur,
Regionalplanung und
Raumordnung



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Sprecher für Innenpolitik



Sozialbetriebe – Vision und Wirklichkeit

Langzeitarbeitslose dürfen nicht von der anhaltenden positiven Entwicklung auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt abgekoppelt werden. Ihre Integration erfordert spezifische Maßnahmen und innovative Ansätze. Sozialbetriebe sollen zu einem wirksamen neuen Instrument der Arbeitsförderung für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose in Brandenburg werden. Auf Initiative der Koalition hat der Landtag jetzt die „Förderung von Sozialbetrieben“ beschlossen und die Landesregierung beauftragt, bis zum Jahresende ein Förderprogramm zu entwickeln. Ziel ist es, Langzeitarbeitslosen perspektivisch neue Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Defizite

des zweiten Arbeitsmarktes wie Lohnbeschränkungen, begrenzte Förderdauer, fehlende Arbeitslosenversicherung und eingeschränkte Tätigkeitsprofile sollen im sozialen Beschäftigungssektor überwunden werden.

Sozialbetriebe sind darüber hinaus ein Weg zur gesellschaftlichen Integration und Förderung sozialer Teilhabe. Das Konzept funktioniert bereits in einigen anderen europäischen Ländern und in Einzelfällen auch schon in Brandenburg. Ein Beispiel ist Horizont – Sozialwerk für Integration GmbH mit seinen sieben Standorten und das Modellprojekt „WAA-GE“ in Elbe-Elster. Erfahrungen besagen, dass durch dieses Integrationsangebot

zwei Drittel der ehemaligen Langzeitarbeitslosen nach ein bis vier Jahren den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Das Konzept funktioniert, weil alle Akteure vor Ort – öffentliche Einrichtungen, Jobcenter, Arbeitsfördergesellschaften und lokaler Unternehmen – zusammenwirken und es unterstützen. Dieses Miteinander wünsche ich mir in vielen weiteren Regionen.

Dr. Andreas Bernig
Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften



Niedersorbisch in Brandenburg

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, einen Maßnahmenplan zur Stärkung der niedersorbischen Sprache und ihres Gebrauchs zu erarbeiten. Der Schwung des neuen Sorben/Wenden-Gesetzes soll genutzt werden, um in einen breiten Austauschprozess mit den Minderheitenvertretern zu bestimmen, was an Förderung bzw. Unterstützung seitens des Landes und der Kommunen notwendig ist. Auf den ersten Blick nichts Spektakuläres und dennoch für die Spre-

cherinnen und Sprecher der Minderheitensprachen (Niedersorbisch, Romanes) und der Regionalsprache Niederdeutsch von enormer Bedeutung. Denn egal, ob es sich um die Sprache der Mehrheitsbevölkerung oder eine kleine, vom Aussterben bedrohte Sprache einer Minderheit handelt: Die eigene Sprache ist für jeden Menschen identitätsbildend, sie bedeutet Verbundenheit mit der eigenen Kultur, den nationalen Traditionen. Gerade für kleine Völker und Sprachgruppen ist sie

mit ihrer Zukunft in einer globalisierten Welt. Die Förderung dieser Sprachen ist ein Baustein im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, für das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Land, zu dem uns seit 2013 auch die Landesverfassung verpflichtet.



Kathrin Dannenberg
Sprecherin für Bildungs- und Sportpolitik

Gemeinschaftsschule als Chance begreifen!



Das Brandenburger Schulsystem steht in den kommenden Jahren vor enormen Herausforderungen. Bis 2030 wird sich die Zahl der Einschulungen fast halbieren, gerade im ländlichen Raum sind zahlreiche Schulen von Schließung bedroht. Zusätzlich wollen wir soziale Hürden in der Bildung reduzieren und Inklusion vortreiben. Wer unsere Schulen für diese Entwicklungen fit machen will, muss das Bildungssystem gemeinsam mit Eltern, Lehrern, Schülern sanft verändern. Stillstand und ein weiter so im bisherigen System – wie die CDU es propagiert – wäre eine schlechte Entscheidung. DIE LINKE ist überzeugt, dass unsere Idee einer Gemeinschaftsschule ein Weg sein kann, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Wir wollen den Erhalt kleinerer Schulen und damit kurze Wege

zur Schule, wir wollen längeres gemeinsames Lernen, wir wollen eine Schule, in der alle Bildungsabschlüsse unter einem Dach abgelegt werden können. Das kann unsere Idee der Gemeinschaftsschule leisten – das zeigen auch andere Bundesländer und Länder. Wir wollen mit einem Pilotprojekt in dieser Wahlperiode starten – Experimente hatten wir unter Schwarz-Rot genug – wir wollen unsere Schulen fit machen für die Zukunft.



Kathrin Dannenberg
Sprecherin für Bildungs- und Sportpolitik

LINKE setzt Wahlversprechen bei Kita-Qualität um

Eine gute frühkindliche Bildung ist ein zentrales Anliegen der LINKEN. Daher setzen wir uns auch im Rahmen der Rot-Roten Koalition immer wieder für dieses Thema ein. Nun hat der Landtag eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas beschlossen. Noch in diesem Jahr wird das Verhältnis von Erzieherin bzw. Erzieher zu den betreuten Kindern bei den 0 – 3jährigen von 1:6 auf 1:5,5 verbessert. Im kommenden Jahr wird dieser Schlüssel dann auf 1:5 nochmals gesenkt. Wir verbessern damit erneut die Qualität der Kinderbetreuung und setzen eines unserer zentralen Wahlversprechen um. Allein diese Senkung des Betreuungsschlüssels kostet das Land zusätzlich rund 40 Mio. Euro, die Träger können damit rund 900 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich einstellen. Für das Jahr 2017 diskutieren wir bereits eine Verbesserung bei den 3 – 6jährigen Kindern. Zusätzlich haben wir mit dem Beschluss des Kita-Gesetzes und auf Druck der LINKEN eine Forderung vieler Kita-Initiativen umgesetzt und Landes- und Kreisbeiräte für Eltern im Kita-Bereich eingeführt. Damit soll nun auch im Bereich der Kinderbetreuung mehr Beteiligung möglich werden.



Gerrit Große
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Kulturpolitik

Unser Wort gilt - Das Land voranbringen



Vor nicht mal einem Jahr fanden die Wahlen zum Landtag Brandenburg statt. Seit dem befinden wir uns als LINKE wieder in einer Koalition mit den Sozialdemokraten. Mit übergroßer Mehrheit wurde der Koalitionsvertrag von unserer Partei in einer Mitgliederbefragung angenommen. Wir wollen dieses Land zukunftsfest machen - sozial gerecht, wirtschaftlich stark und nachhaltig müssen die Aufgaben die vor uns stehen bewältigt werden. Jeder soll in Brandenburg sicher leben können, einer Arbeit nachgehen von der man gut leben kann und die Bildung der Kleinsten in unserem Land ist das Fundament für ein Land in dem es sich zu leben lohnt. Wir haben unsere zentralen Projekte aus dem Koalitionsvertrag im Doppelhaushalt 2015/16 festgelegt und lassen diese jetzt Realität werden. Unser Ziel ist es, dass wir die konkrete Lebenssituation der Menschen in unserem Land positiv verändern.

Wir investieren weiter in mehr Lehrerinnen und Lehrer und in mehr Kita-Erzieherinnen und -Erzieher. Noch nie zuvor hat Brandenburg mehr Geld für Bildung und Wissenschaft ausgegeben als unter unserer Regierungsbeteiligung. Die Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, deshalb haben

wir die Zuweisungen weiter erhöht und das kommunale Investitionsprogramm wird sie noch stärker bei der Sanierung von Sportplätzen, Schulen und Straßen unterstützen.

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause können wir uns mit dieser Bilanz sehen lassen. Zugleich wissen wir um die vielen weiteren politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Brandenburg. Die demografische Entwicklung, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Energiewende und die Diskussion um eine zukunftssichere Schullandschaft brauchen auch konkrete Antworten unsererseits. Diese Herausforderung nehmen wir weiterhin an.

Ralf Christoffers
Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Infrastruktur,
Regionalplanung und
Raumordnung



Für Beelitzer Spargel, Äpfel aus Werder und Spreewälder Gurken

Gartenbau prägt nicht nur manche Regionen in Brandenburg, er sorgt auch für Beschäftigung im ländlichen Raum. Aber vor allem die Obstbauern stehen in den letzten Jahren vor wirtschaftlichen Problemen. In einem fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag hat der Landtag deshalb die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept für die zukunftsfähige Entwicklung des Gartenbaus vorzulegen. So sollen durch gezielten Einsatz von Fördermitteln Investitionen sowie die regionale Vermarktung und Verarbeitung

unterstützt werden, um einen größeren Teil der Wertschöpfung in der Region zu halten. Außerdem sollen die Beratung und die Nachwuchswerbung verstärkt und das landwirtschaftliche Versuchswesen wie in der Obstbauversuchsstation Müncheberg erhalten werden.

Anke Schwarzenberg
Sprecherin für Land-
wirtschaft und ländliche
Entwicklung



Aktuelle Initiativen im Landtag

- ◀ Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Für eine offene, diskriminierungsfreie Gesellschaft - Ehe für alle auch in Brandenburg!
Drucksache 6/1898, durchgeführt
- ◀ Antrag zum Thema: Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt in Brandenburg ausbauen
Drucksache 6/1902, angenommen
- ◀ Antrag zum Thema: Für einen zeitgemäßen grenzüberschreitenden Schienenpersonenfernverkehr
Drucksache 6/1829, angenommen
- ◀ Antrag zum Thema: Förderung von Sozialbetrieben
Drucksache 6/1854, angenommen



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

L nach dem Lesen weiterreichen!

impresum

herausgeberin

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

redaktionsgruppe

Sebastian Walter (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 34 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sebastian.walter@linksfraktion-brandenburg.de

portraits

DIE LINKE LTF BRB / Dominique Prokopy

fotos von

HONGQI ZHANG © 123RF.com, nito500

© 123RF.com und Adam Edwards © 123RF.com

satz

Detlef Janson LTF BRB

layout

Döring & Waesch, Perleberg

auflage

5.000 Stück

druck

Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehrbrücke

v.i.s.d.p.

Thomas Domres (MdL)

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen



www.linksfraktion-brandenburg.de